



Antrag

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW

Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. keine Roma oder Ashkali in das Kosovo abzuschicken,
2. sich auf der Innenministerkonferenz im Mai dafür einzusetzen, dass keine Roma oder Ashkali in das Kosovo abgeschoben werden,
3. alle Möglichkeiten einer Aufenthaltsverfestigung auszuschöpfen um einen sicheren Aufenthaltsstatus für von Abschiebung bedrohte Roma oder Ashkali zu erwirken,
4. den Landtag über die Anzahl der potenziell Betroffenen zu informieren und durch entsprechende Maßnahmen deren Abschiebung zu verhindern.

Begründung:

Mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 ging die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Rückübernahmeersuchen nach und nach von der UNMIK auf die kosovarischen Behörden über. Inzwischen ist die UNMIK überhaupt nicht mehr beteiligt.

Am 14.04.2010 wurde in Berlin das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Es sichert und legitimiert die Möglichkeit der Abschiebung von Minderheitsangehörigen zurück in das Kosovo. Dabei gießt das Rückübernahmeabkommen in rechtliche Formen, was jetzt schon unverantwortliche Praxis ist. Der schleswig-holsteinische Flüchtlingsbeauftragte, Flüchtlingsrat und Pro Asyl halten den Vertrag zur Abschiebung von Minderheitenangehörigen, die im Kosovo mit gefährlicher Diskriminierung rechnen müssen, für unverantwortlich.

Bereits seit Sommer letzten Jahres werden u.a. Roma und Ashkali in den Kosovo abgeschoben. Etwa 10.000 noch hier lebenden Kosovo-Roma droht ebenfalls die Abschiebung. Es zeichnet sich angesichts der Beschränkung auf 2.500 Abschiebungen pro Jahr ab, dass über mehrere Jahre hinweg das Damoklesschwert über den Kosovo-Roma schweben wird.

Neben vielen Flüchtlingsorganisationen forderte am 2.7.2009 auch der Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg die europäischen Regierungen auf, keine ethnischen Minderheiten in das Kosovo abzuschicken. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 15.7.2009 bezeichnet er die Bedingungen in den Roma-Lagern im Kosovo als eine "humanitäre Katastrophe". Er äußert: "Ich war in den beiden bekannten Lagern bei Mitrovica, Cesmin Luk und Osterode. Sie liegen auf den Abraumhalden des Bergwerks von Trepca, kein Stück Land im früheren Jugoslawien ist so verseucht. Besonders Kinder haben alarmierende Blutwerte. Die Nato hat ihre Soldaten deshalb von dort abgezogen. Aber die Roma-Kinder leben dort seit 10 Jahren."

Es ist also zu befürchten, dass in naher Zukunft nun auch Roma-Familien aus Schleswig-Holstein, die seit vielen Jahren hier leben und integriert sind, in diese ausweglose Lage abgeschoben werden.

Seit vielen Jahren wurde in diversen Beschlüssen der Innenministerkonferenzen die Gruppe der Roma aus dem Kosovo als besonders schützenswerte Minderheit definiert, die aufgrund der Verhältnisse im Kosovo und der dort drohenden Verfolgung und Diskriminierung nur in absoluten Ausnahmefällen für eine Rückführung ange-

meldet wurde. Die Sicherheitslage für diesen Personenkreis hat sich durch die Unabhängigkeitserklärung und die Bereitschaft des Kosovo, alle ethnischen Minderheiten aufzunehmen, nicht über Nacht geändert. Deshalb muss die Landesregierung die Möglichkeiten, die das Aufenthaltsgesetz mit einem Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen bietet, gerade für diese Gruppen umsetzen.

Luise Amtsberg
und Fraktion

Rolf Fischer
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion

Heinz Werner Jezewski
und Fraktion